

Haushaltsrede 2026

Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Stadtratsfraktion Hersbruck



26. Februar 2026, Hersbruck

Wie schon die letzten 15 Jahre, möchte ich heute beginnen mit dem Dank an die Steuer Zahlenden. Warum ich das besonders erwähne? Ich habe mich gefreut, dass unser Bürgermeister bei den diesjährigen Bürgerversammlungen auch für die Steuer-Einnahmen gedankt hat. Es sind nämlich immer Steuergelder mit denen die Stadt Hersbruck ihre Ausgaben bestreitet. Ob sie direkt bezahlt werden wie Gewerbe-, Grund- und Hunde-Steuer; ob sie Anteile aus Gemeinschaftssteuern sind wie z.B. Einkommens- Umsatz- oder KFZ- Steuer oder von höheren Ebenen verteilte Gelder sind wie Schlüsselzuweisungen oder Landes-, Bundes- und Europa-Zuschüsse: Am Anfang hat all diese Gelder ein Unternehmen oder eine Privatperson als Steuern bezahlt; selbst ein Kind, das einen Lutscher kauft, trägt über die Umsatzsteuer-Beteiligung ein bisschen zu unserem Haushalt bei. Die großen Summen für den Haushalt kommen trotzdem über die Gewerbesteuer und den Einkommensteuer-Anteil in unsere Kassen, nämlich jeweils über 9 Mio. € und das macht fast $\frac{3}{4}$ (74%) des Steueraufkommens aus. Laut dem diesjährigen Plan wird jeder und jede in Hersbruck – vom Kind bis zum Großverdiener – im Durchschnitt gut 2 000 € an Steuern zu den städtischen Finanzen beitragen; jeder Mensch wird 190 € für Leistungen der Stadt bezahlen – egal ob für Personalausweis, Parkgebühren oder Platz in der Kita. Damit halten alle die Stadt am Laufen und behalten am Ende 67,80 € pro Person für Investitionen übrig. Dafür sage ich im Namen der Grünen Fraktion: ein herzliches Dankeschön. Und dieses Geld, das von allen Menschen mehr oder weniger bewusst und mehr oder weniger freiwillig beigesteuert wird, gehört danach auch weiterhin allen Menschen: der gesamten Gesellschaft in unserem Land und in dieser Stadt. Wir im Stadtrat verwalten – zusammen mit den Beschäftigten der Stadt – das gemeinsame Geld aller nur und legen mit dem Haushalt seine Verwendung fest. Um beim Beispiel zu bleiben: dem Kind, das beim Lutscher-Kaufen vermutlich nicht an die Mehrwertsteuer denkt, stellen wir mit Geld von zahlungskräftigeren Leuten einen KiTa-Platz zur Verfügung und betreiben damit eine Umverteilung der Finanzen. Ich gehe auf diese eigentlich bekannten und selbstverständlichen Zusammenhänge heute deshalb noch einmal ein, weil sich viele von uns ja am 08. März darum bewerben, diesen Job des Geld-Verteilens machen zu dürfen. Wir sollten ihn als Dienstleistung an der Gesellschaft begreifen, nicht als Macht-Option. Wir als ehrenamtliche Stadträtinnen und Stadträte wären mit dieser Aufgabe heillos überfordert, wenn es nicht die gut ausgebildeten Hauptamtlichen in der Stadtverwaltung gäbe, die den Haushalt vorbereiten, durchrechnen und austarieren. Dafür sage ich – ebenfalls im Namen der Grünen Fraktion – Danke! ... an alle in den einzelnen Abteilungen, die ihre Mittelanforderungen verantwortungsvoll aufstellen, genauso wie an die Mitarbeitenden in der Kämmerei, wo alles zusammengestellt wurde. Ganz besonders danken möchte ich Wolfgang Klebl; nicht nur dafür, dass er die Hauptverantwortung für den Plan-Entwurf trägt, sondern auch für die besondere Mühe, die er sich mit dem diesjährigen Vorbericht zum Haushalt gegeben hat. Der ist besonders anschaulich, enthält viele Skizzen und auch Bilder bei denen der Kämmerer die künftig neuen Stadtratsmitglieder im Hinterkopf hatte. Dankeschön dafür. Und damit schließe ich auch den Dank für das Rede-und-Antwort-Stehen bei der gemeinsamen Fraktionssitzung mit SPD und HBG mit ein.

Dieses Jahr geht aus dem Vorbericht noch deutlicher als sonst die enge Verflechtung unseres städtischen Haushalts mit der übergeordneten Politik hervor: Die Bundesregierung hat zur Ankurbelung der Wirtschaft ab 2026 eine Reihe von

Steuererleichterungen für Betriebe festgesetzt. Zunächst schmälert das die Bemessung für die Gewerbesteuer und damit kommunale Einnahmen. Nur wenn sich die Wirtschaft tatsächlich belebt, führt ein Konjunkturaufschwung zum Ausgleich oder gar Steuer-Mehreinnahmen. Gleichzeitig sind die städtischen Einnahmen auch abhängig von Schlüsselzuweisungen und dem kommunalen Finanzausgleich des Freistaats Bayern. Und auch das Sondervermögen für Infrastruktur, bei dem der Stadt dieses Jahr 600 000 € zur Verfügung stehen, wird sich auswirken. Daraus einen Plan für den Haushalt zu erstellen ist schon eine gewisse Kunst und auch ein Ratespiel.

Das hat sich auch am Jahr 2025 gezeigt: Durch einen günstigen Einmaleffekt wurden bei der Gewerbesteuer über 2 Mio. € mehr eingenommen und als Folge davon musste gut 1 Mio. € weniger aus der Rücklage entnommen werden. In meiner letzten Haushaltsrede habe ich noch festgestellt, dass die Stadt im Jahr 2025 ärmer wird, weil selbst die gesunkenen Schulden höher als die geplanten Rücklagen waren. So wie es aussieht blieb zum Jahresende 2025 doch noch ein kleines Plus und das „Abrutschen in ein negatives Vermögen“, wie ich es letztes Jahr genannt habe, tritt erst im Jahr 2026 ein. Allerdings hat diese vordergründig günstige Entwicklung von 2025 ein ungünstiges Nachspiel im Jahr 2027: weil die Umlagekraft 2 Jahre rückwirkend berechnet wird, muss 2027 eine höhere Kreisumlage bezahlt werden – von Geld, das wir dann nicht haben werden. So ist – erstmals seit ich dem Stadtrat angehöre – eine Zuführung vom Vermögenshaushalt an den Verwaltungshaushalt geplant. Ins einfache Leben übersetzt: es muss vom Sparkonto das Girokonto für den laufenden Betrieb unterstützt werden. Als zukünftige Abhilfe für solche Fälle beschließen wir heute eine neue Finanzausgleichs-Rücklage von 500 000 €. Die fällt auf den ersten Blick nicht im Haushaltsplan auf; sie ist in Anlage 3 (Übersicht über den Stand der Rücklagen) enthalten. Diese Finanzausgleichs-Rücklage ist durchaus sinnvoll und wir Grünen befürworten sie auch. Allerdings erhöht sich der Sockelbetrag, der nur im Notfall angegriffen werden darf von der gesetzlichen Mindestreserve – bisher ca. 300 000 € – auf dann 800 000 € und das macht zukünftige Haushalte nicht unbedingt einfacher.

Die Vorbereitungen zum Schul-Neubau sind auf dem Gelände mittlerweile nicht mehr zu übersehen. Das spiegelt sich auch im Haushalt wider. Während Hersbruck von 2023 bis 2025 noch ohne Kreditaufnahme ausgekommen ist, sind für 2026 Schulden in Höhe von 5,1 Mio. € geplant. Davon sind 4,5 Mio. € neue Kredite, die wir heute beschließen und eine alte Kredit-Ermächtigung von 600 000 €, die 2023 nicht gebraucht wurde, weil wir damals hohe Stabilisierungshilfen erhalten haben. Zusätzlich planen wir eine Rücklagen-Entnahmen über 4,3 Mio. € und erwarten Zuschüsse von fast 4,6 Mio. €. Dagegen erscheint die Zuführung vom Verwaltungshaushalt an den Vermögenshaushalt mit 837 300 € bescheiden. Es sind nur 5 % der gesamten Investitionen. Der Vermögenshaushalt nimmt durch die großen Bauvorhaben gegenüber 2025 um 53% zu. Allerdings war 2025 ein Jahr mit wenig Investitionen. Der Sprung von 2024 auf 2026 ist von 13 Mio. auf 15 Mio. € nicht ganz so groß. Das Kuchendiagramm für den Investitions-Haushalt zeigt anschaulich eine grobe Drittelung aus Rücklage, Krediten und Zuschüssen, wobei andere Geldquellen nur kleine Tortenstückchen sind.

Noch einmal auf die einzelnen Menschen berechnet heißt das: die oben erwähnten 67,80 € pro Person für Investitionen, sind nur 5 % und reichen natürlich nicht aus für eine neue Schule oder Straßen, Brücken und eine neue Kita im Hirtenbühl. Deshalb nimmt jede und jeder von uns 354 € vom Sparkonto, bekommt 370 € von außerhalb und macht neue Schulden von 365 €, während jeder durch 22,80 € Tilgung alte Schulden abträgt. Ich hoffe, das verdeutlicht die Größenordnungen. Für die Sanierung des Strudelbads und der Sport-Schwimmballe laufen derzeit die Planungen und im Haushalt sind für dieses Jahr 2,3 von den benötigten 5,6 Mio. € eingestellt. Es sind auch Einnahmen von 2 Mio. € aus dem schon oft erwähnten Bundeszuschuss eingeplant. Daraus folgt, dass die Stadt einen Eigenanteil von 244 500 € aufbringen muss. Das bedeutet: jede und jeder in Hersbruck bezahlt in diesem Jahr 19,80 € für die Sanierung. Über die Lohn- oder Einkommen-Steuer ist das einfach zu erreichen, aber ein Kind müsste für die Verbesserung der Strudelbades statt einem Lutscher ca. 100 Portionen Eis für 3 € kaufen. Auch hier braucht es wieder eine Umverteilung des

Geldes. Übrigens sagen die Finanzplanungen grundsätzlich nichts über den Baubeginn – und damit das Offenbleiben oder Schließen des Strudelbades aus.

Neben dem Geld für den Radweg in Kühnhofen waren gleichzeitig auch Mittel für einen Fahrradständer mit Überdachung im Posthof vorgesehen. Während der Radweg jetzt fertig ist – und wir Grünen freuen uns darüber – gibt es im Posthof noch keinen Fahrradständer, sondern die Stadt hat aus dem Jahr 2024 noch einen Haushalts-Ausgaberest dafür. Im Umfeld des Posthofs gibt es mit Stadtverwaltung, Ärztehaus und Hotel viele Arbeitsplätze und auch einige Gesundheitsangebote wie Physiotherapie. Das ist der typische Bedarf für eine sichere und trockene Abstellanlage für Fahrräder. Nachdem für den Schul-Neubau die großen Planungsschritte abgeschlossen sind, könnte in der Atempause vor dem Baubeginn diese Fahrrad-Abstellanlage doch umgesetzt werden.

Für die Jugendarbeit in Hersbruck wurde die Kooperation mit den Rummelsberger Diensten (für junge Menschen) und der evangelischen Kirchengemeinde vor kurzem verlängert. Wir Grünen sind der evangelischen Gemeinde sehr dankbar, dass sie ihre Räume im Selnecker Haus zur Verfügung stellt. Zu den bisherigen Öffnungszeiten des Jugendtreffs soll im Winter 1 x pro Monat am Sonntag geöffnet werden können. Das summiert sich auf zusätzliche 18 Stunden Öffnungszeit im Jahr. Nun, das ist besser als nichts. Wir Grünen wünschen uns schon seit Jahren eine Jugendarbeit, die annähernd den Stand von vor 2014 erreicht. Wir wissen, dass das bei der gegebenen Haushaltslage schwierig ist, aber wir wollen das Ziel nicht aus den Augen verlieren. |

Wir haben uns im Lauf der letzten Jahre daran gewöhnt Haushaltsberatungen kurz und geräuschlos zu vollziehen. Es gibt immer weniger zu diskutieren. Die durch die Stabilisierungshilfen erzwungene Ausgaben-Disziplin trifft uns immer noch. Hersbruck hat zwar seit 2 Jahren keine Gelder aus den Stabilisierungshilfen mehr erhalten, aber die letzten 3 Hilfszahlungen der Jahre 2021 bis 23 mit 11,3 Mio. € sind noch nicht umgewandelt in nicht rückzahlbare Zuwendungen. Das Damokles-Schwert, dass wir diese 11,3 Mio. € bei mangelnder Haushalts-Disziplin zurückzahlen müssen hängt immer noch über uns. Deshalb ist auch dieser Haushalt wieder ein Arbeitshaushalt, der keinen Spielraum für zusätzliche Wünsche zulässt. Darüber sind wir nicht glücklich, aber wir müssen uns damit abfinden.

Deshalb stimmen die Grünen dem Haushalt für 2026 zu.

Dr. Ulrike Eyrich |

GRUENE-HERSBRUCK.DE

